

Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

Eidgenössische Volksinitiative
"zum Ausbau von AHV und IV"

Vorprüfung

Die Schweizerische Bundeskanzlei,

nach Prüfung der am 25. Juli 1990 eingereichten
Unterschriftenliste zu einer eidgenössischen Volksinitiative
"zum Ausbau von AHV und IV",
gestützt auf die Artikel 68 und 69 des Bundesgesetzes vom 17.
Dezember 1976 1) über die politischen Rechte,

verfügt:

1. Die am 25. Juli 1990 eingereichte Unterschriftenliste zu einer eidgenössischen Volksinitiative "zum Ausbau von AHV und IV" entspricht den gesetzlichen Formen: Sie enthält eine Rubrik für Kanton und politische Gemeinde, in der die Unterzeichner stimmberechtigt sind, sowie für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtexts im Bundesblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urhebern der Initiative. Die Gültigkeit der Initiative wird erst nach ihrem Zustandekommen durch die Bundesversammlung geprüft.
2. Folgende Urheber sind ermächtigt, die Volksinitiative vorbehaltlos mit einfacher Mehrheit zurückzuziehen:
 1. Reimann Fritz, Nationalrat, Asterweg 39 D, 3604 Thun
 2. Renschler Walter, Schäracher 23, 8053 Zürich
 3. Gassmann Rita, Wehntalerstrasse 82, 8057 Zürich
 4. Roost Roland, Funkwiesenstrasse 55, 8050 Zürich
 5. Pasche Charly, Hausmattweg 56, 3074 Muri BE
 6. Mosimann Hans-Jakob, Obertorstrasse 8, 8400 Winterthur
 7. Leuthy Fritz, Rehlagstrasse 33, 3018 Bern
 8. Brunner Christiane, 34 avenue Krieg, 1208 Genève
 9. Gallina Roberto, via Ciseri 7, 6900 Lugano
 10. Bodenmann Peter, Nationalrat, Nordstrasse 39, 3900 Brig
 11. Jeanprêtre Francine, conseillère nationale, 3 Chanaillettaz, 1110 Morges
 12. Ulrich-Vögtlin Ursula, Nationalrätin, Riggenbachstrasse 60, 4600 Olten
 13. Berenstein Alexandre, Juge fédéral, 36 avenue Krieg, 1208 Genève
 14. Daguet André, Minderweg 29, 3400 Burgdorf
 15. Haller Gret, Nationalrätin, Länggassstrasse 53, 3012 Bern

1) SR 161.1

Eidgenössische Volksinitiative

16. Ecoffey Eva, 3 Ferme, 1752 Villars-sur-Glâne
 17. Leuzinger Susanne, Ankerstrasse 61, 8026 Zürich
 18. Rechsteiner Rudolf, Mülhauserstrasse 73, 4056 Basel.
3. Der Titel der eidgenössischen Volksinitiative "zum Ausbau von AHV und IV" entspricht den gesetzlichen Erfordernissen von Artikel 69 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte.
 4. Mitteilung an das Initiativkomitee: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Sekretariat: Herrn Fritz Leuthy, Monbijoustrasse 61, 3000 Bern 23, und Veröffentlichung im Bundesblatt vom 14. August 1990.

31. Juli 1990

Schweizerische Bundeskanzlei

Der Bundeskanzler: i.V. Couchepin

Eidgenössische Volksinitiative
"zum Ausbau von AHV und IV"

Die Volksinitiative lautet:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 34quater Abs. 2 Einleitung und Bst. b und Abs. 3 Bst. b und e (neu)

2

Der Bund richtet auf dem Wege der Gesetzgebung eine für die ganze Bevölkerung obligatorische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ein. Diese gewährt Geld- und Sachleistungen. Die Renten sollen den Existenzbedarf angemessen decken und zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit auf der Basis der gewohnten Lebenshaltung beitragen. Der Bund sorgt dafür, dass die Ansprüche geschlechts- und zivilstandsneutral ausgestaltet werden, und sieht Betreuungsgutschriften vor. Die Höchstrente darf das Doppelte der Mindestrente nicht übersteigen. Die Renten sind mindestens der Preisentwicklung anzupassen. Altersrenten werden, bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit, ab dem vollendeten 62. Altersjahr gewährt. Das Gesetz legt fest, ab welchem Altersjahr der Anspruch ohne die Bedingung der Erwerbsaufgabe entsteht, und regelt den Teilanspruch auf Renten bei teilweiser Erwerbsaufgabe. Es kann die Altersgrenzen herabsetzen oder einen Vorbezug unter bestimmten Bedingungen vorsehen. Die Durchführung der Versicherung erfolgt unter Mitwirkung der Kantone; es können Berufsverbände und andere private oder öffentliche Organisationen beigezogen werden. Die Versicherung wird finanziert:

...

- b. durch einen Beitrag des Bundes von höchstens der Hälfte der Ausgaben, der vorab aus den Reineinnahmen aus der Tabaksteuer und den Tabakzöllen sowie der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser gemäss Artikel 32bis Absatz 9 zu decken ist. Der Beitrag des Bundes an die Alters- und Hinterlassenenversicherung beträgt mindestens 25 Prozent ihrer Ausgaben, derjenige an die Invalidenversicherung mindestens 50 Prozent;

...

3

Der Bund trifft im Rahmen der beruflichen Vorsorge auf dem Wege der Gesetzgebung folgende Massnahmen, um den Betagten, Hinterlassenen und Invaliden zusammen mit den Leistungen der eidgenössischen Versicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise zu ermöglichen:

...

- b. Er umschreibt die Mindestanforderungen, denen diese Vorsorgeeinrichtungen genügen müssen, wobei für Arbeitnehmer zumindest die Einkommensteile, die betragsmässig dem $1\frac{2}{3}$ -fachen bis zum $4\frac{1}{2}$ -fachen der minimalen Altersrente der eidgenössischen Versicherung entsprechen, zu versichern sind. Für die Lösung besonderer Aufgaben können gesamtschweizerische Massnahmen vorgesehen werden.

...

- e. Er sorgt für die Garantie der vollen Freizügigkeit in- und ausserhalb des Obligatoriums; zumindest hat die Freizügigkeitsleistung die doppelten und aufgezinsten Beiträge der Arbeitnehmer an die berufliche Altersvorsorge zu umfassen.

II

Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Uebergangsbestimmungen Art. 19 (neu)

1

Die Renten der eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung werden innert sechs Jahren nach Annahme der Aenderung von Artikel 34quater Absatz 2 Einleitung und Buchstabe b und Absatz 3 Buchstaben b und e durch Volk und Stände so erhöht, dass

- a. die dannzumaligen Mindestrenten um die Hälfte erhöht werden;
- b. sich die Renten zusammensetzen aus einem festen Rentenanteil von $\frac{4}{5}$ der Mindestrente und einem veränderlichen Rententeil von $\frac{1}{3}$ des Einkommens bis zum Einkommen in der Höhe der doppelten Mindestrente, ab dort um $\frac{1}{6}$ des Einkommens;
- c. die Höchstreute das $1\frac{2}{3}$ -fache der Mindestrente beträgt;

- d. die Altersrente von Personen, die einen gemeinsamen Haushalt mit anderen Altersrentenberechtigten führen, 4/5 der Rente von Personen mit eigenem Haushalt beträgt;
- e. Betreuungsgutschriften so angesetzt werden, dass sie mindestens dem Einkommen in der Höhe des Zweifachen der minimalen Altersrente entsprechen.

2

Der Gesetzgeber sorgt für die entsprechende Entlastung der Versicherten im Rahmen der obligatorischen beruflichen Vorsorge. Die dannzumal erworbenen Rechte aller rentenberechtigten und Versicherten gegenüber Einrichtungen der beruflichen Vorsorge bleiben gewahrt. Der Gesetzgeber regelt die Verwendung freiwerdender Deckungskapitalien als individuelle Versicherten-Beitragsreserven oder zur Selbstvorsorge, und stellt sicher, dass dabei die Anwartschaften im Zeitpunkt der Annahme des ergänzten Artikels 34quater zugrundegelegt werden.

3

Hat die Bundesversammlung nicht innert fünf Jahren nach Annahme des ergänzten Artikels 34quater die entsprechende Gesetzgebung erlassen, erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen.

Verfügungen der Eidgenössischen Forstdirektion

- Gemeinde BURG DORF BE, Waldstrasse Farnerechrütz-Rothöchi
Projekt-Nr. 233-BE-3062/00
- Gemeinde WILLISAU LAND LU, Waldstrasse Daiwil
Projekt-Nr. 233-LU-2018/00

Rechtsmittel

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit Veröffentlichung im Bundesblatt beim Eidgenössischen Departement des Innern, 3003 Bern, Beschwerde erhoben werden (Art. 2 Bst. c und Art. 12 NHG; Art. 1 ff. VwVG). Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist bei der Eidgenössischen Forstdirektion, Laupenstrasse 20, 3001 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 80 79) Einsicht in die Verfügung und die Projektunterlagen nehmen.

14. August 1990

EIDGENÖSSISCHE FORSTDIREKTION

Tarifgenehmigung in der Privatversicherung

(Art. 46 Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 23. Juni 1978 [SR 961.01])

Das Bundesamt für Privatversicherungswesen hat die nachstehende Tarifgenehmigung, welche laufende Versicherungsverträge berührt, ausgesprochen:

Verfügung vom 30. Juli 1990

Tarifvorlage der

Alba Versicherungs-Gesellschaft

Allianz Versicherung (Schweiz) AG

Alpina Versicherungs-Aktiengesellschaft

Altstadt Versicherungen

Basler Versicherungs-Gesellschaft

Continentale Allgemeine Versicherungs-AG

Die Freiburger Allgemeine Versicherung AG

ELVIA Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft Zürich

GAN Incendie Accidents compagnie française d'assurance et de réassurances incendie, accidents et risques divers

Genfer, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft

Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft

Colonia Versicherung Aktiengesellschaft

Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft

KKB Versicherungen

La Suisse, Société d'assurances contre les accidents

Limmat Versicherungs-Gesellschaft

Lloyds Underwriters

Metzger Unfall Versicherungsverband Schweizer Metzgermeister

Neue Berner Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft

Neuenburger, Schweizerische Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft

Nieuw Rotterdam Schade N. V.

Patria Allgemeine Versicherungsgesellschaft

Phenix, Versicherungsgesellschaft

Schweiz Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Schweizer Union, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft

Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft

Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft

Secura Versicherungsgesellschaft

Solida Unfallversicherung Schweizerischer Krankenkassen Aktiengesellschaft

The Northern Assurance Company, Ltd.

Union UAP Versicherungs-Gesellschaft

WAADT ALLGEMEINE, Versicherungs-Gesellschaft

Wintertur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft

Zürich Versicherungs-Gesellschaft

in der Kollektiv-Unfallversicherung: Nichtberufsunfallversicherung gemäss Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG).

Rechtsmittelbelehrung

Diese Mitteilung gilt für die Versicherten als Eröffnung der Verfügung. Versicherte, die nach Artikel 48 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021) zur Beschwerde berechtigt sind, können Tarifgenehmigungen durch Beschwerde an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, 3003 Bern, anfechten. Die Beschwerdeschrift ist im Doppel innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung einzureichen und hat die Begehren und deren Begründung zu enthalten. Während dieser Zeit kann die Tarifverfügung auf dem Bundesamt für Privatversicherungswesen, Gutenbergstrasse 50, 3003 Bern, eingesehen werden.

14. August 1990

Bundesamt für Privatversicherungswesen

Gesuche um Erteilung von Arbeitszeitbewilligungen

Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit (Art. 10 ArG)

- Aktiengesellschaft Josef Meyer, Eisen- und Waggonbau,
4310 Rheinfelden
Sandstrahlerei, Schlosserei und mechanische Werkstätte
bis 20 M
8. Oktober 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Tiger Käser AG, 3550 Langnau i.E.
Schmelzkäseproduktion
8 M, 6 F
7. Januar 1991 bis 11. Januar 1992
- Bögli Maschinenfabrik AG, 4912 Aarwangen
Textilmaschinenfabrikation
bis 10 M
3. September 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- RUEFLI AG, 2500 Biel
Montage
1 M
15. Oktober 1990 bis 16. Oktober 1993 (Erneuerung)

Zweischichtige Tagesarbeit (Art. 23 ArG)

- Siemens-Albis Aktiengesellschaft, 8047 Zürich
Hybridfertigung
14 M, 14 F
12. September 1992 (Änderung)
- Polyplex Kunststoffwerk AG, 8213 Neunkirch
Heisspress
bis 12 M, bis 12 F
10. September 1990 bis 11. September 1993 (Erneuerung)
- Keller & Co. AG, 5313 Klingnau
Schleifstrasse im Sperrholzwerk
4 M
15. Oktober 1990 bis 16. Oktober 1993 (Erneuerung)
- Bögli Maschinenfabrik AG, 4912 Aarwangen
NC-Bearbeitungszenter und -Drehmaschinen
28 M
3. September 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Rüetschi & Co. AG, 5034 Suhr
Stanzerei im Zweigbetrieb Schöffland
3 M, 1 F
8. Oktober 1990 bis 9. Oktober 1993 (Erneuerung)
- Jürg Ruess AG, 9442 Berneck
Automatenstickerei (2 Automaten)
4 M, 4 F
1. Oktober 1990 bis 2. Oktober 1993 (Erneuerung)

- Lupo-Getränke, 6280 Hochdorf
Getränke-Abfüllerei
12 M
17. September 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Druckerei Schulthess AG, 8034 Zürich
Bogen-Offsetdruck
4 M
2. Juli 1990 bis 6. Juli 1991
- Styner & Bienz AG, 3172 Niederwangen
Apparate- und Werkzeugbau
40 M, 4 F
6. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Flumroc AG, 8890 Flums
Fertiglager / Versand
30 M, bis 6 F, bis 6 J
27. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG

Nacharbeit oder dreischichtige Arbeit (Art. 17 oder 24 ArG)

- Siemens-Albis Aktiengesellschaft, 8047 Zürich
Hybridfertigung, Einbrennofen, Bestückungsautomaten,
Montage- und Prüfautomat
4 M
12. September 1990 bis 12. September 1992 (Aenderung)
- Styner & Bienz AG, 3172 Niederwangen
Teilefertigung
1 M
5. August 1990 bis 10. August 1991
- Styner & Bienz AG, 3172 Niederwangen
Teilefertigung
bis 6 M
5. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Flumroc AG, 8890 Flums
Steinwolle-Fabrikation
75 M
27. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Sonntagsarbeit (Art. 19 ArG)

- Styner & Bienz AG, 3172 Niederwangen
Teilefertigung
1 M
5. August 1990 bis 10. August 1991

Ununterbrochener Betrieb (Art. 25 ArG)

- Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (VOLG), 8401 Winterthur
Kartoffel-Trocknungsbetrieb in Marthalen
6 M
13. August 1990 bis 31. März 1991

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

Rechtsmittel

Wer durch die Erteilung einer Arbeitszeitbewilligung in seinen Rechten oder Pflichten berührt ist und wer berechtigt ist, dagegen Beschwerde zu führen, kann innert zehn Tagen seit Publikation des Gesuches beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurtengasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 29 45/28 58) Einsicht in die Gesuchsunterlagen nehmen.

Erteilte Arbeitszeitbewilligungen

Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 10 Abs. 2 ArG)

- Contraves AG, Zweigbetrieb Gams, 9473 Gams
Reproduktion, Siebdruck, Kontrolle
1 M, 5 F
4. Juni 1990 bis 22. Dezember 1990
- Flash Engineering AG, 2553 Safnern
Montage von Elektronikteilen
6 F
20. August 1990 bis 21. August 1993 (Erneuerung)
- Marcel Fischer AG, Filiale Allschwil, 4027 Basel
verschiedene Betriebsteile
bis 10 M, 2 F
25. Juni 1990 bis 26. Juni 1993 (Erneuerung)
- Pomdor AG, 3435 Ramsei
Brennerei und Obstverarbeitung
bis 6 M
13. August 1990 bis 14. August 1993 (Erneuerung)
- Robapharm AG, 4052 Basel
Ampullenkontrolle, -etikettierung und Endverpackung
bis 4 M, bis 4 F
18. Juni 1990 bis 22. Juni 1991 (Erneuerung)

- Hans Schmidlin AG, 4147 Aesch
Profilbearbeitung und Fensterzusammenbau
bis 40 M
2. Juli 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- Maloya AG, 4460 Gelterkinden
alle Produktionsabteilungen
130 M, 30 F
20. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Ziegler Brot AG, 4410 Liestal
Packerei/Spedition
3 F
11. Juni 1990 bis 12. Juni 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Royce AG, 8437 Zurzach
Herstellung und Verpacken von Windeln
6 M, 12 F
6. August 1990 bis 7. August 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- J. Caprez-Danuser AG, 7001 Chur
verschiedene Betriebsteile
bis 5 M, bis 30 F
11. Juni 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Traitafina AG, 5600 Lenzburg
Fleischwarenfabrikation
bis 10 M, 7 F
23. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Bally Band AG, 5012 Schönenwerd
Nadelweberei
2 M oder 2 F
2. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)

Zweischichtige Tagesarbeit

Begründung: Erledigung dringender Aufträge, wirtschaftliche Betriebsweise (Art. 23 Abs. 1 ArG)

- Flash Engineering AG, 2553 Safnern
Montage von Elektronikteilen
4 M
20. August 1990 bis 21. August 1993 (Erneuerung)
- Rotaver AG, 3432 Lützelflüh
Kunststoffverarbeitung
18 M
6. August 1990 bis 7. August 1993 (Erneuerung)
- Agathon AG, Maschinenfabrik Solothurn, 4500 Solothurn
spanabhebende Bearbeitung
10 M
27. August 1990 bis 28. August 1993 (Erneuerung)

- Normstahl E. Döring AG, 9462 Montlingen
Feinblechkonstruktion
8 M
27. August 1990 bis 28. August 1993 (Erneuerung)
- Gebrüder Sulzer AG, Giesserei Bülach, 8180 Bülach
Giesserei Bülach
30 M
3. September 1990 bis 4. September 1993 (Erneuerung)
- Hans Schmidlin AG, 4147 Aesch
Profilbearbeitung und Fensterzusammenbau
bis 80 M
2. Juli 1990 bis auf weiteres (Aenderung)
- J. Caprez-Danuser AG, 7001 Chur
verschiedene Betriebsteile
bis 26 M, bis 36 F
11. Juni 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Georges Chiarello AG, 4310 Rheinfelden
verschiedene Betriebsteile
4 M, 100 F
9. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Bally Band AG, 5012 Schönenwerd
Nadelweberei
6 M, 6 F, bis 4 J
2. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Spühl AG, Maschinenfabrik, 9009 St. Gallen
NC-Fertigung
32 M
6. August 1990 bis 3. November 1990 (Aenderung)

Nachtarbeit oder dreischichtige Arbeit

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 17 Abs. 2 und Art. 24 Abs. 2 ArG)

- Druckerei Winterthur AG, 8401 Winterthur
Bogenoffset
45 M
9. September 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- NCR (Schweiz), 8180 Bülach
Endlosdruckerei und -ausrüstung
bis 4 M
2. September 1990 bis 4. September 1993 (Erneuerung)
- Maloya AG, 4460 Gelterkinden
verschiedene Betriebsteile
bis 60 M
19. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG

- Ziegler Brot AG, 4410 Liestal
verschiedene Betriebsteile
21 M, 3 F
11. Juni 1990 bis 12. Juni 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- Ziegler Brot AG, 4410 Liestal
Bäckerei und Konditorei
5 J
11. Juni 1990 bis 12. Juni 1993 (Erneuerung)
- Royce AG, 8437 Zurzach
Herstellung und Verpacken von Windeln
bis 18 M
6. August 1990 bis 7. August 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG
- J. Caprez-Danuser AG, 7001 Chur
verschiedene Betriebsteile
9 M
10. Juni 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Georges Chiarello AG, 4310 Rheinfelden
Strumpfstriekerei
bis 12 M
9. Juli 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Sauerstoffwerk Lenzburg AG, 5600 Lenzburg
verschiedene Betriebsteile
bis 9 M
6. August 1990 bis auf weiteres (Erneuerung)
- Bally Band AG, 5012 Schönenwerd
Nadelweberei
bis 3 M
1. Juli 1990 bis 3. Juli 1993 (Erneuerung)
Ausnahmebewilligung gestützt auf Art. 28 ArG

Sonntagsarbeit

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 19 Abs. 2 ArG)

- Traitafina AG, 5600 Lenzburg
Salamifabrikation
1 M
22. Juli 1990 bis 24. Juli 1993 (Erneuerung)
- Ems-Dottikon AG, 5605 Dottikon
Wasserstoffumschlag
2 M
8. Juli 1990 bis 10. Juli 1993 (Erneuerung)

Ununterbrochener Betrieb

Begründung: technisch oder wirtschaftlich unentbehrliche Betriebsweise (Art. 25 Abs. 1 ArG)

- Spinnerei Kunz AG, 5200 Windisch
- Ringspinnerei und Zwirnerei
- 24 M
- 19. August 1990 bis 29. August 1992 (Erneuerung)

(M = Männer, F = Frauen, J = Jugendliche)

Rechtsmittel

Gegen diese Verfügungen kann nach Massgabe von Artikel 55 Absatz 2 ArG und Artikel 44 ff. VwVG innert 30 Tagen seit der Publikation beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, Gurtengasse 3, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 29 45/28 58) Einsicht in die Bewilligungen und deren Begründung nehmen.

14. August 1990

Bundesamt für Industrie,
Gewerbe und Arbeit

Abteilung Arbeitnehmerschutz
und Arbeitsrecht

Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung

Der Schweizerische Bäcker-Konditorenmeister-Verband und der Schweizerische Bäckerei-Konditorei-Personalverband haben, gestützt auf Artikel 51 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (SR 412.10) und Artikel 45 Absatz 2 der zugehörigen Verordnung vom 7. November 1979 (SR 412.101), den Entwurf zu einem Reglement über die Berufsprüfung Chef/Chefin Bäcker bzw. Chef/Chefin Bäcker-Konditor eingereicht.

Interessenten können den Entwurf bei der folgenden Amtsstelle beziehen: Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Abteilung Berufsbildung, Bundesgasse 8, 3003 Bern.

Einsprachen sind innert 30 Tagen dieser Amtsstelle zu unterbreiten.

14. August 1990

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
Abteilung Berufsbildung

Verfügungen des Eidgenössischen Meliorationsamtes

- Gemeinde Samedan GR, Gebäuderationalisierung Sudedas,
Projekt-Nr. GR3734
- Gemeinde Uster ZH, Gesamtmelioration Uster, 8. Etappe,
Projekt-Nr. ZH1323-8
- Gemeinde Triengen LU, Gesamtmelioration Triengen,
18. Etappe,
Projekt-Nr. LU1512-18
- Gemeinde Emmetten NW, Düngeranlage Triglis,
Projekt-Nr. NW818
- Gemeinde Wolfenschiessen NW, Alpgebäude Haghütte,
Projekt-Nr. NW820
- Gemeinde Mettau AG, Düngeranlage Metteberberg,
Projekt-Nr. AG2785
- Gemeinde Boswil AG, Düngeranlage Bergstrasse 1,
Projekt-Nr. AG2784
- Gemeinde Langnau BE, Weg Wiesenhalde-Stöckern,
3. Etappe,
Projekt-Nr. BE3605-3
- Gemeinde Habkern BE, Sanierung Schäden Unwetter
Februar 1990,
Projekt-Nr. BE7452
- Gemeinde Heiligenschwendli BE, Gebäuderationalisierung
Schallenberg,
Projekt-Nr. BE6667
- Gemeinde Beatenberg BE, Weg Holzflue-Säge-Bort,
Sanierung Unwetter Juni 1990,
Projekt-Nr. BE7486
- Gemeinde Ausserbinn VS, Gesamtmelioration, 1. Etappe,
Projekt-Nr. VS3259-01
- Gemeinde Ausserbinn VS, Gesamtmelioration, 2. Etappe,
Projekt-Nr. VS3259-02
- Gemeinde Ausserbinn VS, Gesamtmelioration, 3. Etappe,
Projekt-Nr. VS3259-03

Rechtsmittel

Gegen diese Verfügungen kann nach Massgabe von Artikel 68 der Bodenverbesserungs-Verordnung (SR 913.1), 44ff. des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021), 12 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (SR 451) und 14 des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege (SR 704) innert 30 Tagen seit der Veröffentlichung im Bundesblatt beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Eingabe ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift des Beschwerdeführers oder seines Vertreters zu enthalten.

Wer zur Beschwerde berechtigt ist, kann innerhalb der Beschwerdefrist beim Eidgenössischen Meliorationsamt, Mattenhofstrasse 5, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (Tel. 031 61 26 55) Einsicht in die Verfügungen und die Projektunterlagen nehmen.

14. August 1990

Eidgenössisches
Meliorationsamt

Bekanntmachungen der Departemente und Ämter

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	32
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.08.1990
Date	
Data	
Seite	1739-1757
Page	
Pagina	
Ref. No	10 051 520

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.